

EDITORIAL

AHV darf nicht tabu sein

In Bern wird auf den frühest möglichen Zeitpunkt hin Kasse gemacht. Geht es nach dem Willen des Bundesrates, schnell die Mehrwertsteuer (MWSt) ab Anfang 1999 um 1% auf 7,5% nach oben. Das vorsorglich in der Verfassung verankerte Prozent zur Finanzierung der demographisch bedingten AHV-Mehrausgaben soll unter Dach und Fach, bevor die National- und Ständeratswahlen in zwei Jahren ein Thema sind. Aufmerksame Beobachter merken das und sind verstimmt. Schliesslich wurde dem Volk vor drei Jahren durch Bundesrätin Ruth Dreifuss verkündet, bis zur Jahrtausendwende seien die Einnahmen bei der AHV noch höher als die Ausgaben. In zwei Tranchen seien danach je ein halbes Prozent bei der MWSt zuzulegen. Doch das stimmt nicht mehr, die obligatorische Altersvorsorge ist bereits zu stark in finanzielle Schieflage gekommen.

Die AHV überhaupt zu diskutieren, das kommt in unserer Konsensgesellschaft schon fast der rhetorischen Barbarei gleich, und wer sich – wie die Autoren des Weissbuchs «Mut zum Aufbruch» um David de Pury – gar erdreistet, die langfristige Abkehr vom AHV-Modell zu fordern, der wird als «Verräter am Sozialstaat» gleich in Richtung Manchester-Liberalismus ausgegrenzt. Der deutsche Bundespräsident Roman Herzog hat das Phänomen einer erstarrten Gesellschaft dieser Tage mit ähnlichen Worten heftig kritisiert: «Kaum eine Anstrengung zur Reform, die nicht sofort als Anschlag auf den Sozialstaat unter Verdacht gerät.» Auffällig ist in der Schweiz schon, wie fast jede politische Gruppierung einen eleganten Bogen um das Thema AHV macht. Mit diesem Jahrhundertwerk, gross und stark geworden in den Jahren der wirtschaftlichen Prosperität, will sich keine Politikerin und kein Politiker die Finger verbrennen. In der «Arena» des Schweizer Fernsehens liessen sich jedenfalls zum Kampf gegen das MWSt-Prozent für die AHV keine Parla-



Kurt Speck
*über Politiker,
die um das
heisse Thema
einen Bogen
machen*

mentsmitglieder blicken. Arbeitgeberpräsident Peter Hasler, sekundiert von zwei Verbandsdirektoren und einem Parteisekretär, musste die heissen Karthoffeln aus dem Feuer holen. Gegenüber der «HandelsZeitung» sagt nun Ueli Maurer, Parteipräsident der SVP, was er für Alternativen anstelle des raschen Aufschlags bei der Mehrwertsteuer sieht (siehe Seite 12).

Dabei ist der Streit um dieses eine Prozent unerheblich, früher oder später wird es ohnehin kommen. Gibt es aber keinen Widerstand, dann wird die Mehrwertsteuer rasch zum Selbstbedienungsladen. Die Auflistung aller möglichen Begehren lässt jedenfalls Böses erahnen:

- Zum «demographischen» Steuerprozent gesellen sich weitere Beträge für eine Stabilisierung der AHV, die sich gemäss einer Rede von Bundesrätin Dreifuss im Februar auf 2,5% addieren.
- Die Invalidenversicherung (IV) harrt der Sanierung. Weil die Umleitung von Lohnprozenten von der Erwerbsersatzordnung zur IV nicht ausreichen, sind MWSt-Belastungen programmiert.
- Die Mutterschaftsversicherung ist vom Bundesrat in Aussicht gestellt. Je nach Ausgestal-

tung dieses Instrumentes sind weitere Steuergelder gefordert.

- Die Arbeitslosenversicherung wird Ende dieses Jahres mit mehr als 8 Mrd Fr. verschuldet sein. Zum Abtragen dieses Schuldenberges gilt ebenfalls die Mehrwertsteuer als Allerheilmittel.
- Bei den Krankenkassenprämien liegt auch schon der Vorschlag auf dem Tisch, den halben Betrag via Steuergeld zu finanzieren.

Dem Steuerzahler muss es den Atem verschlagen, wenn er nur die wichtigsten Forderungen in Form von Prozenten zusammenzählt. Ohne den etwas gar happigen Griff in die MWSt-Kasse zugunsten der Krankenkassen läppern sich rasch einmal rund 15% zusammen. Damit wäre die Schweiz dann in die Liga der EU-Mitgliedsländer aufgestiegen, wo der Mindestsatz exakt bei dieser Marke liegt.

Für das Konsumverhalten sind derartige Steuersätze natürlich Gift. Um so mehr sollte die jetzt ausgelöste Kontroverse um das eine Prozent Mehrwertsteuer zu grundsätzlichen Gedanken über die Sozialversicherung führen. Statistische Grundweisheiten lassen sich mit politischen Tricks nicht beseitigen. Dazu nur ein Zahlenbeispiel: Unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg standen einem Rentner zehn Arbeitnehmer gegenüber, im Jahr 2030 wird ein AHV-Bezüger gerade noch durch zwei Erwerbstätige finanziert. Das soll keineswegs ein AngstszENARIO sein, nur ein Appell an die politischen und wirtschaftlichen Kräfte in diesem Land. Die bevorstehende 11. AHV-Revision bietet die Chance, das Modell der Altersvorsorge in Richtung eines bedürfnisorientierten Sozialstaates umzubauen. Stichworte dazu sind die Einführung eines einheitlichen Rentenalters für Männer und Frauen, gekoppelt mit kostenneutralen Mustern für ein flexibles Rentenalter. Vor allem aber darf die Einführung einer minimalen Einheitsrente, ergänzt um individuelle Zusatzversicherungen, nicht weiter tabu sein.